

Verlauf der GR-Sitzung vom 24. Jänner 2006

Beginn der Sitzung: 19.31 Uhr

Zuhörer anwesend

Entschuldigt: GR Roman Wiesenhofer (dienstlich)

Bgm. Pignitter begrüßt die anwesenden Gemeinderäte, Amtsleiter Hrn. Mag. Marat, Protokollführer Hrn. Schreiner und Zuhörer, stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und leitet die

Fragestunde nach § 54 Abs. 4 der Stmk. Gemeindeordnung ein (sämtliche Anfragen werden, falls nicht gesondert angeführt, an den Bgm. gerichtet).

1. Frage – 2.Vzbgm. Lang fragt, welche Lösung im Zusammenhang mit der Müllinsel am Jägerweg (Kneissl) getroffen werden kann.

- Der Bgm. sagt, er habe bereits mit Frau Mag. Scherbler vom Amt der Stmk. Landesregierung telefoniert. Sie habe mitgeteilt, in den nächsten Monaten jemanden vorbei zu schicken, der sich die Situation in Bezug auf ev. Gesundheitsschädigung etc. ansehen wird. Danach werde sie Empfehlungen abgeben. Er bitte daher jetzt nicht kopflos zu werden, Frau Scherbler habe die Situation sehr wohl eindeutig verstanden und werde mit einem Fachmann darauf eingehen, so der Bgm. Frau Scherbler konnte den Termin nicht zusichern, es werde sich aber jemand des Themas annehmen. Es wurde eindeutig festgestellt, dass es sich um einen Kompetenzbereich des Landes und nicht der Gemeinde handelt.

2.Vzbgm. Lang meint, dies wisse er, aber die Müllinsel liege im Gemeindegebiet von Lieboch. Er ersuche aber darum, „nachzubohren“, damit es rascher geht. Die ÖVP werde das auch machen.

Der Bgm. fragt, ob 2.Vzbgm. Lang daran denkt, die Müllinsel vom derzeitigen Standort zu entfernen. 2.Vzbgm. Lang antwortet, dies habe er nicht gesagt. Es gäbe ja Vorschläge, die er aber nicht habe. Soviel er wisse gäbe es aber ein Konvolut von Vorschlägen, die er sich erst geben lassen müsse. Herr Kneissl habe ihm gesagt, er habe die Vorschläge auch bei der Gemeinde vorgelegt.

Der Bgm. teilt mit, dass diese nicht umsetzbar seien. 2.Vzbgm. Lang solle sich damit auseinandersetzen, er habe dies schon gemacht, so der Bgm.

1. Frage – GR Klingenberg fragt bezüglich der Errichtung des Geländers beim Aufgang zur kleinen Halle in der VS Lieboch nach.

- Der Bgm. sagt, er habe Hrn. Bmst. Ing. Joham zum wiederholten Male „getreten“. Es sei veranlasst worden, ein nach außen eingebogenes und versteiftes Blech zu verschrauben, um somit einen totalen Geländerverschluss zu schaffen. Dies soll bald gemacht werden. Auch ihm liege daran, dies rasch umzusetzen.

GR Klingenberg informiert im Anschluss den Gemeinderat, warum die Schule seit kurzer Zeit abgepackte Milch verwendet. Sie wolle dies zur Klarstellung allen Gemeinderäten und auch dem Bgm. mitteilen. Es handle sich weiterhin um den gleichen Landwirt, mit dem einzigen Unterschied, dass die Milch in Plastik verpackt sei. Dies sei gesetzlich so vorgegeben.

1. Frage – GR Thomas Marx verweist auf seine Anfrage in der letzten GR-Sitzung, ob es möglich wäre, Herrn DI Pfeiler zur GR-Sitzung einzuladen.

- Der Bgm. teilt mit, dass Herr DI Pfeiler zur heutigen GR-Sitzung kommen und im nicht öffentlichen Teil Rede und Antwort stehen werde.

2. Frage – 2.Vzbgm. Lang bezieht sich auf den Beseitigungsauftrag für die konsenslos errichteten Betonhalbschalen (hinter der Siedlung Kohutweg) und fragt, ob sich die Gemeinde die Beseitigung nun selbst auferlegt habe.

- Bgm. Pignitter erklärt, dass es sich nicht um die Betonhalbschalen sondern um den nie bewilligten Kanal handelt, der vom Bauträger und nicht von der Gemeinde Lieboch errichtet worden ist. Bei der Besichtigung durch den von der Gemeinde beauftragten Fachmann seien Dinge festgestellt worden, die am Areal der Siedlung Kohutweg nie bewilligt worden seien.

GR Zarfl fragt, wer dort die Bauaufsicht gehabt habe.

Der Bgm. sagt, soweit er wisse Bmst. Ing. Berghold. Für den Teil der Gemeinde sei Bmst. Ing. Joham zuständig gewesen.

2.Vzbgm. Lang möchte wissen, warum die Gemeinde sich dann selbst einen Beseitigungsauftrag erteile.

Herr Boschak informiert, dass der Beseitigungsauftrag immer an die Grundeigentümer, wo die bauliche Anlage errichtet wurde, ergehen müsse. Ein Teilstück (öffentliches Gut – Kohutweg) davon gehöre der Marktgemeinde Lieboch.

GR Zarfl stellt fest, dass dies nicht bauverhandelt wurde.

Der Bgm. sagt, es sei zumindest nicht im Bauvolumen des damaligen Wohnobjektes drinnen gewesen. Es werde erst bauverhandelt werden. Da festgestellt wurde, dass es nie bauverhandelt wurde, habe man einen Beseitigungsauftrag erteilen müssen. Dieser könne sich aber mit dem Ansuchen um Baubewilligung wieder beheben und müsse dann nicht vollzogen werden. Dies sei formal einfach so.

Ende der Fragestunde: 19.39 Uhr

• **Bericht des Bürgermeisters**

- Der Bgm. berichtet über folgende Angelegenheiten, die nicht der Vertraulichkeit unterliegen:

- Der Bgm. informiert über die Bedarfserhebung zur geplanten Krabbelstube im Kindergarten Lieboch. Es wurden 89 Eltern angeschrieben, wovon bis dato 25 Erhebungsblätter retourniert wurden. Die Idee, eine Kinderkrippe zu schaffen, wurde bisher von 22 Eltern positiv und von 3 negativ bewertet.

Als Betreuungszeit wurden folgende Zeiten genannt:

11 mal Vormittag

6 mal Nachmittag

8 mal Ganztage

Interesse an einer Vormerkung eines Betreuungsplatzes haben 13 Eltern.

Der Bgm. stellt fest, diese Erhebung zeige, dass der Bedarf sehr wohl gegeben sei und die Gemeinde werde weitere Erhebungen betreiben bzw. weiter vorgehen.

- Zur beschlossenen Resolution des Gemeinderates gegen Tempo 160 ist ein Antwortschreiben von Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Hubert Gorbach eingelangt.

Im Wesentlichen geht es in diesem Schreiben um die Flexibilisierung von Geschwindigkeiten und verliert der Bgm. einige Auszüge daraus.

Sollte auch im Bereich Lieboch Tempo 160 kommen, würde er vorschlagen, dass sich der Gemeinderat mit weiteren Maßnahmen befasst, so der Bgm.

- Bgm. Pignitter berichtet vom Ausflug in die Partnerpfarre Ilok in Kroatien. Vom Gemeinderat sei nur er dabei gewesen, da keine anderen Meldungen eingelangt seien. Weiters seien seine Gattin, Herr Geistl. Rat Pfarrer Otto Pexa, Herr DI Gerhard Huber und die Fam. Paar dabei gewesen.

Es würden teilweise sozial extrem schlechte Zustände herrschen. Seitens der Stadtgemeinde Ilok bestünde großes Interesse die langjährige Pfarrpartnerschaft in eine Gemeindepartnerschaft mit Lieboch umzuwandeln. Nach den neuen EU-Richtlinien seien Städtepartnerschaften, vor allen mit zukünftigen EU-Mitgliedsländern, gewünscht. Sofern wir interessiert seien, könnten wir konkret an verschiedenen Projekten mitwirken. Er könne nur dafür plädieren, diese Partnerschaft einzugehen und der Stadt Ilok, die im Randbereich zu Serbien liegt, damit eine Chance für eine positive Zukunftsentwicklung zu geben.

Er werde diesbezüglich Vorarbeiten mit den EU-Zuständigen leisten, um die notwendigen Schritte aufzuarbeiten. Danach hoffe er, dass der Gemeinderat für die Städtepartnerschaft eintreten werde, so Bgm. Pignitter.

2.Vzbgm. Lang fragt, ob es so zu sehen sei, dass EU-Förderprojekte für Ilok leichter bewilligt würden, wenn eine Städtepartnerschaft vorliege.

Der Bgm. sagt dies sei richtig, da EU-Mittel einfacher lukriert werden können, wenn eine Partnerschaft mit einem EU-Mitglied besteht.

Für Ilok wäre es ein Vorteil und für Lieboch kein Nachteil, sondern die Feststellung, dass eine Partnerschaft besteht. Es gäbe Gemeinden, die nicht nur eine sondern bis zu drei Gemeindepartnerschaften haben. Für uns stelle sich die Frage, was wollen wir; nur eine Partnerschaft, wo Kultur ausgetauscht werde, was sicher auch gedacht sei oder z.B. gegenseitige sportliche Aktivitäten mit dem Sportverein etc. Vieles sei möglich, der Gemeindevertretung von Ilok gehe es vordergründig darum, die wirtschaftliche Achse zur EU aufzumachen und dafür bräuchten sie einen Partner, der ihnen das Tor zur EU mit aufmacht. Das wir als Marktgemeinde Lieboch einer Stadt „helfen“, klinge viell. ein wenig komisch, aber die Stadt Ilok habe derzeit knapp 7.000 Einwohner, 150 Häuser seien unbewohnt. Er würde für die Einleitung einer Partnerschaft plädieren. Wieweit sich jemand dabei einbringt, stehe jedem Gemeinderat frei.

Im Anschluss an den Bericht stellt der Bgm. den **Antrag** um Änderung bzw. Erweiterung folgender Tagesordnungspunkte:

4. Beschlussfassungen:
 - b.) schriftliche Beantwortung der Einwendung bzw. Stellungnahme zur Flächenwidmungsplan-Änderung 3.14 (Bereich Lutz – Assl)*
 - e.) Örtliches Entwicklungskonzept - Auflage

** Dadurch verschieben sich die nachfolgenden Punkte
entsprechend nach hinten*

Da der TO-Punkt 6. „KEG; Budget 2006“ auch das Budget 2007 inkludiert, soll der Punkt in „KEG; Budget 2006/2007“ geändert werden.

Vertraulich und nicht öffentlich

8. Beschwerde an den VwGH gegen den Wasserrechtsbescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 02.01.2006

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen.**

Bgm. Pignitter weist darauf hin, dass seitens der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ ebenfalls folgende Erweiterungswünsche schriftlich eingebracht wurden:

- Finanzierung des Nachtaxis zwischen Seiersberg (Endstation Nachtbuslinie N6) und Lieboch anschließend an den Nachtbusbetrieb der GVB (Kostenbeteiligung pro Person max. € 2,00)
- Festsetzung eines Sondergemeinderates zur Causa Sportplatz
- Beschluss, in Zukunft alle Stellenausschreibungen im Einflussbereich der Gemeinde Lieboch öffentlich (Liebocher Nachrichten und Schaukästen) durchzuführen
- Grundsatzbeschluss für S-Bahn bzw. Stadtrationalbahn

Der Bgm. sagt, er habe bezüglich des Nachtaxis heute erneut ein Gespräch mit Herrn Müllner geführt. Es könnten nächste Woche Parteiengespräche anberaumt werden. Er habe sehr wohl intensiv Nachfrage gehalten wie es laufe und wie es nicht laufe. Er würde GR Thomas Marx bitten, seinen Terminwunsch für nächste Woche bekannt zu geben.

Herr Müllner habe zugesagt, er werde an dem Gespräch teilnehmen, wobei er gemeint habe, eigentlich nicht mehr dabei sein zu müssen, da er bereits alles gesagt habe.

Herr GR Thomas Marx solle die Zahlen, wie stark das Nachttaxi bisher benutzt wurde, zum Gespräch mitbringen.

GR Thomas Marx meint bis vor einer Woche dürfte das Nachttaxi noch nicht so interessant gewesen sein, weil es bis dorthin soweit er das in Erfahrung bringen konnte noch keine Bemühungen seitens der Gemeinde gegeben habe, Informationen einzuholen.

Daher habe er wie in der letzten GR-Sitzung ausgemacht, die Sitzung der Fraktionsführer anberaumt, weil bis zu diesem Zeitpunkt niemand etwas gemacht habe. Die Sitzung ist laut Herrn Müllner dementsprechend verhindert worden, weil der Herr Bgm. klargemacht habe, dass er die Teilnahme von Herrn Müllner bei dieser Sitzung als nicht angebracht sieht und ihm davon abgeraten habe.

Herr Müllner habe um Verständnis gebeten, dass er nicht an der Sitzung teilnimmt, aber gegen den Wink des Bgm. werde er sich nicht stellen.

Die Sitzung der Fraktionsführer habe dann trotzdem stattgefunden und von dem her seien seiner Meinung nach alle Voraussetzungen für den Beschluss des Antrages heute erfüllt.

Schließlich sei in der letzten GR-Sitzung gemeinsam vereinbart worden, dass das so stattzufinden habe. Wenn der Herr Bgm. die nötigen Informationen zum heutigen Zeitpunkt nicht einhole, sei es wie er glaube, nicht die Schuld des Gemeinderates, sondern die des Herrn Bgm.

Daher werde er den Antrag trotzdem heute so einbringen, so GR Thomas Marx.

Die Jugendlichen und alle Leute, die dafür unterschrieben haben, hätten sich darauf verlassen, dass das Versprechen, dass der Bgm. in der letzten GR-Sitzung abgegeben habe, auch halte. Dem Bgm. sollte es klar sein, dass er dann nicht zu seinem Versprechen stehe.

Der Bgm. sagt, es sei kein fixer Termin ausgemacht worden. Er habe gesagt, vorher mit Herrn Müllner zu reden.

GR Thomas Marx meint, er wolle lieber zu den anderen Anträgen auch noch etwas ausführen, da es in letzter Zeit dazu gekommen sei, dass die Anträge gar nicht auf die Tagesordnung gekommen sind.

Dies sei viell. der Grund gewesen, dass den anderen Gemeinderäten die Tragweite der Anträge gar nicht gewusst gewesen ist.

Der Sondergemeinderat zur Causa Sportplatz sei, wie er glaube für alle Gemeinderäte recht wichtig, um zu sehen, was in nächster Zeit auf uns zukommt und was der Beschluss bedeute, diese rechtswidrige Vergabe so zu beschließen, wie nach dem UVS-Urteil ja bescheinigt wurde.

Das sollte rechtzeitig geklärt werden, bevor der negative Bescheid des VwGH auch so kommen werde, denn dass der VwGH sicher nicht anders entscheiden werde, sei auch klar. Ansonsten müsste in Zukunft auch keine andere Gemeinde in Österreich noch jemals eine Ausschreibung machen,

sondern schreibt einfach alles einzeln aus. Von dem her wäre es, wie er glaube, auch wichtig, dass sich der Gemeinderat absichere, alles abkläre und einen Stand habe, wie weiter vorzugehen sei, um nicht irgendwo „reinzulaufen“ und erst nach dem Urteil des VwGH zu reden und denken anfangen müsse.

Zum Thema „Stellenausschreibungen“ sei ihm in letzter Zeit zu Ohren gekommen, dass die Gemeinde Lieboch keine Stellenausschreibungen mache. Er selbst habe auch noch nie eine an der Amtstafel oder in der Gemeindezeitung gesehen. Er finde dies recht schade, weil man den Leuten in Lieboch damit auch keine Möglichkeit gibt, sich dafür zu bewerben.

Wenn die Gemeinde Lieboch eine Stelle ausschreibt, sollte dies wirklich allen Leuten aus Lieboch zur Verfügung stehen, damit man sich überhaupt bewerben kann. Wenn man nichts davon wisse, könne man sich auch nicht dafür bewerben.

Der Grundsatzbeschluss zur Regionalbahn sei zum einen wegen der großen Feinstaubbelastung sehr aktuell und zweitens auch noch recht spannend, weil es in Innsbruck ein Projekt einer Stadtrationalbahn umgesetzt wird, wo Umlandgemeinden mit der Stadt verbunden werden.

Die Umlandgemeinden hätten dort praktisch keine Kosten, da eine Drittelung der Kosten zwischen Stadt, Land und Bund stattfindet. Er glaube es sei wichtig, dass die Gemeinde auch das öffentliche Interesse daran demonstriert. Etwas anderes sei es nicht, als das Interesse zu deponieren, so GR Thomas Marx.

Der Bgm. sagt, er glaube, dass all diese Punkte in der nächsten Zeit noch irgendwie bzw. sehr wohl korrekt erledigt würden. Es sei auch eine Einladung zur Projektvorstellung betr. Sportplatz ausgeteilt worden. Hier werde man auch sehen, dass alles schon gut laufe, worüber er sehr glücklich sei.

Herr Hofrat DI Pfeiler werde auch einiges aufklären, daher brauche man die Aufnahme dieser Punkte aus seiner Sicht nicht unbedingt.

GR Marx stellt den **Antrag**, über die Aufnahme der 4 Punkte einzeln abstimmen zu lassen.

Bgm. Pignitter ersucht den Gemeinderat, über die Aufnahme des ersten Erweiterungswunsches der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ (Nachttaxi) abzustimmen.

Für den Antrag von GR Thomas Marx stimmen

GR Klingenberg, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP), GR Thomas Marx, GR Shirazian (GRÜNE) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Jöbstl, GR Koren, GR Helene Marx, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ) und GR Stiegler (ÖVP)

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (8 Dafürstimmen : 12 Gegenstimmen).

Bgm. Pignitter ersucht den Gemeinderat, über die Aufnahme des zweiten Erweiterungswunsches der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ (Sondergemeinderat Causa Sportplatz) abzustimmen.

Für den Antrag von GR Thomas Marx stimmen

GR Klingenberg, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Stiegler, GR Tengg (ÖVP), GR Thomas Marx, GR Shirazian (GRÜNE) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Jöbstl, GR Koren, GR Helene Marx, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz und GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (9 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Bgm. Pignitter ersucht den Gemeinderat, über die Aufnahme des dritten Erweiterungswunsches der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ (öffentliche Stellenausschreibungen) abzustimmen.

Für den Antrag von GR Thomas Marx stimmen

GR Klingenberg, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Stiegler, GR Tengg (ÖVP), GR Thomas Marx, GR Shirazian (GRÜNE) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Jöbstl, GR Koren, GR Helene Marx, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz und GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (9 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Bgm. Pignitter ersucht den Gemeinderat, über die Aufnahme des vierten Erweiterungswunsches der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ (Grundsatzbeschluss S-Bahn/Stadtregionalbahn) abzustimmen.

Für den Antrag von GR Thomas Marx stimmen

GR Klingenberg, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Stiegler, GR Tengg (ÖVP), GR Thomas Marx, GR Shirazian (GRÜNE) und GR Zarfl (FPÖ).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Jöbstl, GR Koren, GR Helene Marx, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz und GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (9 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Der Bgm. leitet im Anschluss zur Tagesordnung über

Pkt. 1.: Genehmigung und Unterfertigung des Sitzungsprotokolls vom 20.12.2005

GR Warzinger (Sprecherin der Schriftführer) stellt den **Antrag**, das Protokoll vom 20.12.2005 in der vorliegenden Form (es wurden keine Zusätze bzw. Änderungen beantragt), zu genehmigen.

Der **Antrag** auf Genehmigung und Unterfertigung des Protokolls wird **einstimmig beschlossen**.

Anm.: GR Scherz verlässt den Sitzungssaal.

Pkt. 2.: a.) Berichtigung des in der Gemeinderatssitzung vom 20.12.2005 festgelegten Einheitssatzes lt. Stmk. Kanalabgabengesetz

Der Bgm. erläutert, dass Bmst. Ing. Joham bei der Berechnung des Einheitssatzes lt. Stmk. Kanalabgabengesetz die Mehrwertsteuer nicht berücksichtigt hatte und der Beschluss, der in der letzten GR-Sitzung am 20.12.2006 gefasst wurde, daher nicht korrekt war.

Daher sei es notwendig, den Einheitssatz von € 17,86/m² exkl. MWSt. auf € **16,52/m² exkl. MWSt.** zu berichtigen.

Die Höhe des Einheitssatzes gemäß § 4 Abs. 2 des Kanalabgabengesetzes 1955 liegt damit unter **7,5 %** der durchschnittlichen ortsüblichen Baukosten je Laufmeter der öffentlichen Kanalanlage.

Der Bgm. stellt den **Antrag**, diese Berichtigung des Einheitssatzes zu beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** (ohne GR Scherz).

Pkt. 2.: b.) Erlassung einer neuen Kanalabgabenordnung

Der Bgm. stellt den **Antrag**, die vorliegende, hinsichtlich des berechtigten Einheitssatzes korrigierte Kanalabgabenordnung, die für alle Gemeinderäte zeitgerecht zur Einsichtnahme aufgelegt ist, zu beschließen.

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Kanalabgabenordnung der Marktgemeinde Lieboch vom 20.12.1993, rechtswirksam seit 01.02.1994, einschließlich der inzwischen durchgeführten Änderungen, außer Kraft.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen** (ohne GR Scherz).

Anm.: GR Scherz nimmt wieder an der Sitzung teil.

Pkt. 3.: Liebochbach, Hochwasserschutz; Annahme der Erklärung an das Amt der Stmk. Landesregierung, Fachabteilung 19 B

Der Bgm. erklärt, dass hinsichtlich des Liebochbaches und des damit verbundenen Hochwasserschutzes bereits ein Projekt zur Erstellung einer Studie zur Untersuchung von RHB-Standorten vom zuständigen Referenten, Herrn DI Heinz Peter Paar in Zusammenarbeit mit dem Büro Ingenos, Gleisdorf, ausgearbeitet wurde. Die Gemeinde hat dabei einen 33 1/3 %-igen Interessentenbeitrag in der Höhe von € 3.100,00 (Rest Land und Bund) zu leisten.

Es sei nunmehr der Beschluss des Gemeinderates für die MG Lieboch nötig, um, wie in der Erklärung u.a. angeführt, die Pflichten der MG Lieboch als Bauherr gemäß § 3, § 4 Abs. 1 des Bauarbeitenkoordinationsgesetzes – BauKG an den Referatsleiter der Fachabteilung 19B Schutzwasserwirtschaft, DI Heinz Peter Paar, zu übertragen.

Dies sei auch im Sinne der Gemeinde Lieboch, da beim Amt der Stmk. Landesregierung die Fachleute der Wasserwirtschaft mit der Abwicklung befasst sind, so der Bgm.

Ebenso wird durch die Erklärung die Geschäftsführung für die gegenständliche Planungsmaßnahme an die Bundeswasserbauverwaltung Steiermark – vertreten durch die FA 19 B – übertragen.

Der Bgm. stellt daher den **Antrag**, den vorgenannten Interessentenbeitrag sowie die Annahme der Erklärung an das Amt der Stmk. Landesregierung, FA 19 B, zu beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Pkt. 4.: Beschlussfassungen:

a.) Flächenwidmungsplan-Änderung 3.13 (Bereich Seniorenresidenz Waldhof)

Der Bgm. berichtet, dass es im Zeitraum der 14-tägigen Anhörungsfrist zur Flächenwidmungsplan-Änderung 3.13 keine Einwendungen gegeben hat.

Der Bgm. stellt daher den Antrag, die Flächenwidmungsplan-Änderung 3.13 (Bereich Seniorenresidenz Waldhof) gemäß der zeichnerischen Darstellung, GZ: 12/05/ LIE/03/13/1 (DI Nussmüller) samt Erläuterung und Wortlaut zu beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

b.) schriftliche Beantwortung der Einwendung bzw. Stellungnahme zur Flächenwidmungsplan-Änderung 3.14 (Bereich Lutz – Assl)

Der Bgm. erläutert, dass nach der 14-tägigen Anhörungsfrist zur Flächenwidmungsplan-Änderung 3.14 (Bereich Lutz – Assl) eine schriftliche Stellungnahme der ASFINAG Wien, GZ: ASF/2006/000041, sowie eine schriftliche Einwendung des Amtes der Stmk. Landesregierung, Fachabteilung 18 A, GZ: FA18A 48.8-10/06-1, eingegangen sind.

Die Beantwortung dieser Stellungnahme und der Einwendung seitens der Marktgemeinde Lieboch ist für alle Gemeinderatsmitglieder zur Einsichtnahme aufgelegt und wird zusätzlich an die Wand projiziert sowie vom Bgm. erklärt.

GR Zarfl ersucht um eine Kopie der Stellungnahmen, da diese zum Zeitpunkt seiner Einsichtnahme (vor der Bauausschuss-Sitzung) in die GR-Unterlagen noch nicht aufgelegt sind.

Der Bgm. stellt im Anschluss den **Antrag**, die vorliegenden schriftlichen Beantwortungen an die ASFINAG und an das Amt der Stmk. Landesregierung, Fachabteilung 18 A, zu beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen.**

c.) Flächenwidmungsplan-Änderung 3.14 (Bereich Lutz – Assl)

Der Bgm. berichtet, dass es im Zeitraum der 14-tägigen Anhörungsfrist zur Flächenwidmungsplan-Änderung 3.14 keine Einwendungen gegeben hat.

Der Bgm. stellt daher den Antrag, die Flächenwidmungsplan-Änderung 3.14 (Bereich Lutz - Assl) gemäß der zeichnerischen Darstellung, GZ: RO 606-29/3.14 (Arch. DI Dr. Heiner Hierzegger) samt Erläuterung und Wortlaut zu beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen.**

d.) Bebauungsplan-Änderung 17.01

Der Bgm. stellt den **Antrag**, die Bebauungsplan-Änderung 17.01, GZ: Beb.Pl. 17-02 (Arch. DI Werner Nussmüller) in der vorliegenden Form, **vorbehaltlich** der Erweichung in Rechtskraft der Flächenwidmungsplan-Änderung 3.14, zu beschließen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen.**

e.) Örtliches Entwicklungskonzept - Auflage

Der Bgm. stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge den Beschluss fassen, das örtliche Entwicklungskonzept in der vorliegenden Form aufzulegen.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen.**

Pkt. 5.: Verordnungen:

a.) Bahnhofstraße; Übernahme in das öffentliche Gut

Der Bgm. stellt den **Antrag**, die vorliegende Verordnung (samt Verordnungsplan vom 11.01.2006, GZ: 016-1/2006) zur Übernahme der ehemaligen Landesstraße 304 (Dietersdorferstraße) von km 0,000 bis km 1,097 in einer Länge von km 1,097 als Gemeindestraße „Bahnhofstraße“ in das öffentliche Gut, zu beschließen.

Dies ist Voraussetzung, um die Straße ordnungsgemäß in das öffentliche Gut zu übernehmen und um eine klare rechtliche Situation (öffentlich-rechtliche Straße) zu schaffen.

In Zukunft soll laut Bgm. Pignitter darauf geachtet werden, alle Straßen, die in das öffentliche Gut übernommen werden, auch mittels Gemeinderatsbeschluss per Verordnung verordnen zu lassen.

Dies soll auch noch bei allen im Vorjahr übernommen Straßen nachgeholt werden.

GR Tengg fragt, wie viel noch von der Summe, die vom Land für die Übernahme der Bahnhofstraße als Gemeindestraße vorhanden ist.

Der Bgm. sagt, er wisse es nicht genau, aber in etwa 90 % der ursprünglichen Summe dürfte noch vorhanden sein. Dies sei auch schon bei der Besprechung zum geplanten Radweg erläutert worden.

2.Vzbgm. Lang dies sei viel, dann seien noch etwa € 80.000,00 vorhanden.

Dies könnte stimmen, aber er wisse es nicht genau, so der Bgm.

Für den bereits eingangs gestellten Antrag des Bgm. stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Jöbstl, GR Koren, GR Helene Marx, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ), GR Thomas Marx und GR Shirazian (GRÜNE).

Dagegen stimmen

GR Klingenberg, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Stiegler, GR Tengg (ÖVP) und GR Zarfl (FPÖ).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (13 Dafürstimmen : 7 Gegenstimmen).

b.) Sportplatzgasse; Änderungsplan

Der Bgm. verweist auf den für alle Gemeinderäte zur Einsichtnahme aufgelegten Verordnungsentwurf samt Ordnungsplan und Bericht des Bgm. Der Bericht des Bgm. zur Verordnung wird auch zusätzlich für alle Gemeinderäte auf die Leinwand projiziert:

„Mit Verordnung vom 05.07.2005, GZ: 226-2/2005, hat der Gemeinderat der Marktgemeinde Lieboch zur verkehrsmäßigen Erschließung des Sportplatzes der Marktgemeinde Lieboch auf zwei Grundstücken der KG Lieboch eine Verbreiterung bzw. Verlängerung der bestehenden öffentlichen Gemeindestraße „Sportplatzgasse“ nach den Vorschriften des Steiermärkischen Landes-Straßenverwaltungsgesetzes 1964 angeordnet. Diese Verordnung wurde durch Kundmachung an der Amtstafel in der Zeit vom 06.07. bis 21.07.2005 kundgemacht und ist nach den diesbezüglichen Bestimmungen der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 am 22.07.2005 rechtswirksam geworden.

Mit Bescheid vom 22.07.2005, GZ: 226-3, wurden der Marktgemeinde Lieboch nach den Vorschriften des voran erstbezeichneten Gesetzes die straßenbaurechtliche Bewilligung zur plan- und beschreibungsgemäßen Errichtung einer – sich im Wesentlichen auf den nördlichen Bereich des Sportplatzes beschränkenden – Gemeindestraße (in Verlängerung der bestehenden „Sportplatzgasse“) erteilt und die Bedingungen für die Ausführung des beabsichtigten Straßenbaus festgesetzt. Dieser Bescheid ist – nach abweisender Entscheidung des Gemeinderates über eine dagegen eingebrachte Berufung – mittlerweile in Rechtskraft erwachsen.

Nun hat sich in der Zwischenzeit erwiesen, dass die Konfiguration der Verlängerung der „Sportplatzgasse“, so wie sie in der Verordnung in Richtung Süden festgelegt worden ist, die Nutzbarkeit des westlich davon gelegenen Areals bis zum bestehenden Fußballplatz maßgeblich einschränkt. Es bedarf daher einer Veränderung der verordneten Straßentrasse in diesem südlichen Bereich und zwar durch Herausnahme zweier Teilstücke im Zirkaausmaß von insgesamt 45 m², wie sie in dem der beantragten Änderungs-Verordnung zu Grunde liegenden Änderungsplan 1 von Herrn DI Kurt Huber, staatlich befugter und beedeter Zivilingenieur für Vermessungswesen, vom 10.11.2005 dargestellt sind, aus der verordneten Straßentrasse.“

Der Bgm. stellt daher den **Antrag**, der Gemeinderat der Marktgemeinde Lieboch wolle die angeschlossene Änderung der Verordnung vom 05.07.2005, GZ 226/2-2005, beschließen.

GR Zarfl sagt, die Sache ändere aber nichts daran, dass die betreffende Fläche nach wie vor Freiland sei. Bis dato sei noch nichts in Angriff genommen worden, raumordnungsmäßig eine Bereinigung zu schaffen und es werde auch keine geben. Das heißt es werde eine Straße auf einen Acker verordnet und diese dürfe nicht gebaut werden, da hierfür eine Änderung des Flächenwidmungsplans notwendig sei. Dafür brauche man noch immer eine 2/3-Mehrheit.

Er habe schon bei der ersten Verordnung den Einwand gemacht, dieser sicher nicht zuzustimmen, wo eine Umsetzung gar nicht machbar sei, da die nötigen Vorkehrungen (FLÄWI) gar nicht gegeben seien.

Der Bgm. entgegnet, dass dies die Meinung von GR Zarfl sei.
Dann hätte man viele Straßen in Lieboch gar nicht als öffentliches Gut erklären dürfen.

GR Zarfl sagt, dies müsse der Bgm. erklären, warum er solche Verfahren anzettelt und sich um kein Gesetz kümmere. 2.Vzbgm. Lang schließt sich der Meinung von GR Zarfl an.

Für den Antrag des Bgm. stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Jöbstl, GR Koren, GR Helene Marx, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz und GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Klingenberg, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Stiegler, GR Tengg (ÖVP), GR Thomas Marx, GR Shirazian und GR Zarfl (FPÖ).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 9 Gegenstimmen).

Beschlussfassung des Gemeinderates für die Marktgemeinde Lieboch Orts- und Infrastrukturentwicklungs-KEG

Pkt. 6.: KEG; Budget 2006/2007

Der Bgm. stellt fest, dass das KEG-Budget 2006/2007 den Fraktionsführern zugegangen ist.
Die Fehler des ersten Entwurfes auf Seite 3 und Seite 8 wurden ausgebessert und diese korrigierten Blätter wurden den Fraktionsführern ebenfalls ausgehändigt.

GR Zarfl sagt, er könne dem Budgetentwurf auf gar keinen Fall zustimmen. Wie er schon beim Budgetentwurf für die Marktgemeinde Lieboch verlautet habe, seien auch hier Fehler enthalten, weil das KEG-Budget nicht rechtzeitig vorgelegen ist und die Kapitalflüsse zwischen der Marktgemeinde Lieboch und der KEG nicht aufgenommen wurden.

Darüber hinaus habe er bei eingehender Prüfung des Budgetentwurfes für die KEG feststellen dürfen, dass wesentliche Inhalte aufgenommen wurden, die schon den Verdacht nahe bringen, dass bewusst gefälscht wurde. Es handle sich um ein absolut falsches Budget und er würde auch allen abraten, es zu beschließen, weil es unter völlig falschen Voraussetzungen gemacht werde. Man müsse nur das Kleingedruckte lesen, aber das müsse jeder Gemeinderat mit sich selbst ausmachen.

Der Bgm. dankt für die Wortmeldung und stellt im Anschluss den **Antrag**, der Gemeinderat möge den vorliegenden KEG-Budgetentwurf für die Jahre 2006 und 2007 beschließen.

2.Vzbgm. Lang wirft ein, die ÖVP-Fraktion habe das Kleingedruckte gelesen und werde – ohne Nennung von Details – das Budget genauso nicht mittragen.

Der Bgm. sagt, das habe er eigentlich auch nicht erwartet.

Für den Antrag des Bgm. stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Jöbstl, GR Koren, GR Helene Marx, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz und GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Klingenberg, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Stiegler, GR Tengg (ÖVP), GR Thomas Marx, GR Shirazian und GR Zarfl (FPÖ).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 9 Gegenstimmen).

r